

LANDESSCHULRAT FÜR STEIERMARK**8015 Graz, Körblergasse 23**DVR ~~X04880~~ 0064360

GZ.: I Schu 1/56 - 1989

(In Antwortschreiben bitte obiges Geschäftszeichen anführen)

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schulunterrichts-
gesetz vorübergehend geändert
wird;
Stellungnahme

Tel. (0 316) 31 571/ 580

Graz, am 20.2.1989

Sachbearbeiter: Hr. Dr. PERKO

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	3 - GE 2.81
Datum:	9. MRZ. 1989
Verteilt	1989-03-13

An das
Präsidium des
Nationalrates

H. Beiner

Parlament
1010 W i e n

In der Beilage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Landesschulrates für Steiermark zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulunterrichtsgesetz vorübergehend geändert wird, übermittelt.

Der Amtsführende Präsident:

Univ. Prof. Dr. Bernd SCHILCHER eh.

F. d. R. d. A.:

Beiner

LANDESSCHULRAT FÜR STEIERMARK**8015 Graz, Körblergasse 23**

DVR: 004360

XXXXXX 0064360

GZ.:

(In Antwortschreiben bitte obiges Geschäftszeichen anführen)

I. Schu. 1/56 - 1989

Betr.:

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schulunterrichts-
gesetz vorübergehend geändert
wird;
Stellungnahme

Tel. (0 316) 31 5 71 / 580

Graz, am

20.2.1989

Sachbearbeiter: Hr.Dr.PERKO

An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Zu dem mit do. Erlaß vom 9. Jänner 1989, GZ.: 12.940/15-III/2/88, anher übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulunterrichtsgesetz vorübergehend geändert wird, wird gemäß § 7 Abs. 3 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl.Nr. 240/1962, in der geltenden Fassung, nachstehende Stellungnahme abgegeben:

Die aus den Erläuterungen hervorgehende Absicht, für einen bestimmten Zeitraum die Übertritte von der 4. Klasse des Gymnasiums in die 5. Klasse eines Realgymnasiums durch Wegfall der Aufnahmeprüfung zu erleichtern, wird grundsätzlich begrüßt. (Insbesondere sollte erwogen werden, ob nicht der spezielle Fall eines Übertrittes von der 4. Klasse des Gymnasiums in die 5. Klasse des Realgymnasiums, bei Besuch des auf der 3. und 4. Klasse des Gymnasiums aufbauenden Lateinunterrichtes, auch in weiterer Zukunft ohne Ablegung von Aufnahmeprüfungen ermöglicht und dadurch der Bildungsinhalt des bisherigen realistischen Gymnasiums aufrecht erhalten werden könnte.)

§ 1 des Entwurfes geht allerdings über die eingangs erwähnte Intention hinaus. Die Entwurfsfassung ermöglicht nämlich jeglichen Übertritt von der Unterstufe einer allgemeinbildenden

- 2 -

höheren Schule in die Oberstufe einer anderen Form der AHS ohne Ablegung einer Aufnahmeprüfung, so insbesondere auch den Übertritt von der Unterstufe des Realgymnasiums in die Oberstufe des Gymnasiums. Ein solcher Übertritt ohne Ablegung einer Aufnahmeprüfung in Latein wäre jedoch - auch für einen Übergangszeitraum - nicht sinnvoll. Es wird daher beantragt, in § 1 folgenden Satz anzufügen:

"Eine Aufnahmeprüfung ist jedoch in jenen Unterrichtsgegenständen abzulegen, die in der angestrebten Schulform weiterführend unterrichtet werden."

Im Hinblick auf das durch die 11. Schulorganisationsgesetz-Novelle eingeführte alternative Angebot des auf der 3. und 4. Klasse des Gymnasiums aufbauenden Lateins erscheint es darüber hinaus erforderlich, § 29 Abs. 2 des Schulunterrichtsgesetzes entsprechend zu ergänzen. Als Wortlaut nach lit. a und b wird vorgeschlagen:

"... ist Voraussetzung, daß das Jahreszeugnis der zuletzt besuchten Schulstufe in keinem Pflichtgegenstand, der in den vorhergehenden Schulstufen der angestrebten Schulart lehrplanmäßig vorgesehen ist oder in den folgenden Schulstufen der angestrebten Schulart aufbauend weitergeführt wird, ein "Nicht genügend" enthält oder ...".

Noch klarer wäre allerdings eine ausdrückliche Regelung (etwa in § 11 Abs. 1 SchUG), daß ein Schüler in der Oberstufe des Realgymnasiums den alternativ vorgesehenen Unterricht in Latein, der auf der 3. und 4. Klasse des Gymnasiums aufbaut, nur wählen darf, wenn das Jahreszeugnis der 4. Klasse des Gymnasiums im Pflichtgegenstand Latein kein "Nicht genügend" enthält. Dies erscheint zwar selbstverständlich, sollte jedoch trotzdem ausdrücklich normiert werden, zumal der Begriff des Aufsteigens bei einem Wechsel der Schulform nicht in Betracht kommt.

Der Amtsführende Präsident:
Univ.Prof.Dr.Bernd SCHILCHER eh.

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

